Südschleswigscher Wählerverband

SSW

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Pressemeddelelse
Kiel, 07.05.2002

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Uni Flensburg: Keinen Rückschritt zur PH

Anke Spoorendonk hat heute mit Mitgliedern des wissenschaftlichen Dienstes der Universität Flensburg die Situation der nördlichsten Hochschule im Land erörtert. Nach dem Gespräch mit den Vertretern des akademischen Mittelbaus erklärt die hochschulpolitische Sprecherin des SSW im Landtag:

Die Universität Flensburg hat einzigartige Erfahrungen auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Studiengänge. So etwas gibt es in ganz Nordeuropa kein zweites Mal. Man hat an der Flensburger Universität verstanden, mit wenig Mitteln einzigartige, zukunftsweisende Studiengänge einzuführen. Dieses zarte Pflänzchen muss eigentlich gepflegt werden, aber bisher hat die Landesregierung keine Grüne Hand bewiesen. Sie verweigert im Gegenteil dem genügsamen Spross die Nahrung.

Das hohe Aktivitätsniveau an der Uni Flensburg kann nur deshalb gehalten werden, weil die Lehrenden ein besonders großes Engagement zeigen. Sie bieten mehr Lehre an als sie müssen. Sie erledigen selbst Aufgaben, für die es an anderen Hochschulen besonderes Verwaltungspersonal gibt. Es ist also recht und billig, dass die Universität fordert, genau so ausgestattet zu werden wie alle anderen Hochschulen in Norddeutschland.

Darüber hinaus dürfen die neuen Studiengänge nicht darunter leiden, dass wir einem neuen Lehrermangel gegenüberstehen. Als Folge der globalen Budgetierung müssen die innovativen Bereiche zurückgefahren werden,

wenn die Lehrerausbildung verstärkt wird. Es darf aber keinen Rückschritt zur Pädagogischen Hochschule geben! Die Landesregierung muss die Folgen des Lehrkräftemangels für die Universität Flensburg abfangen. Das gilt umso mehr, als die Förderung der grenzüberschreitenden Studiengänge aus EU-Interreg-Mitteln im Jahr 2005 ausläuft. Der SSW fordert die Landesregierung auf, die Zukunft der grenzüberschreitenden Studiengänge endlich zu sichern.